

**Niederschrift
über 30. die Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen**

Sitzung am :	Dienstag, den 03.05.2022
Sitzungsort:	Festhalle, Großer Saal

Beginn: 15:30 Uhr **Ende:** 20:22 Uhr

Anwesenheit:

Von 43 stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates der Stadt Plauen sind 28 ständig anwesend.

Vorsitzender: Oberbürgermeister Steffen Zenner

Stimmberechtigtes Mitglied

Dirk Brückner
Mario Dieke
Thomas Fiedler
Klaus Gerber
Sven Gerbeth
Stefan Golle
Ronny Hering
Christian Hermann
Daniel Herold

Stimmberechtigtes Mitglied

Eric Holtschke
Kerstin Knabe
Prof. Dr. Lutz Kowalzik
Lars Legath
Monika Mühle
Uwe Pein
Danny Przisambor
Petra Rank
Thomas Salzmann

Stimmberechtigtes Mitglied

Jörg Schmidt
Gerald Schumann
Sabine Schumann
Maik Schwarz
Uta Seidel
Gerd Steffen
Prof. Dr. Dirk Stenzel
Bernd Stubenrauch
Stephan Uhlig

Zeitweise Anwesende:

Zeitweise anwesend sind 8 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates der Stadt Plauen.

Stimmberechtigtes Mitglied

Andre Bindl
Dieter Blechschmidt
Tony Gentsch
Alexandra Glied
Claudia Hänsel
Thomas Haubenreißer
Thomas Mahler
Frank Schaufel

während TOP

zeitweise anwesend bis TOP 4
zeitweise anwesend ab TOP 1.5.1.
zeitweise anwesend ab TOP 1.5. bis TOP 4.
zeitweise anwesend ab TOP 1.5.
zeitweise anwesend ab TOP 1.5.
zeitweise anwesend ab TOP 1.5. bis TOP 4
zeitweise anwesend bis TOP 3.1.
zeitweise anwesend ab TOP 1.1.

Abwesende:

Abwesend sind 7 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates der Stadt Plauen.

Stimmberechtigtes Mitglied

Ingo Eckardt
Lars Gruber
Rico Kusche
Steve Lochmann
Mirko Rust
Andrè Schatz
Diana Zierold

Abwesenheitsgrund

Entschuldigt
Entschuldigt (dienstlich)
Unentschuldigt
Unentschuldigt
Entschuldigt (privat)
Entschuldigt (dienstlich)
Entschuldigt (dienstlich)

Mitglieder der Verwaltung

<u>Name</u>	<u>Funktion</u>	<u>Anwesenheit</u>
Frau Wolf	Bürgermeisterin Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Herr Kämpf	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Frau Göbel	Fachbedienstete für das Finanzwesen	zu allen TOP
Herr Scheibner	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Herr Sorger	Wirtschaftsförderer	zu allen TOP
Frau Weck	Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	zu allen TOP
Herr Giller	Justizariat der Stadtverwaltung Plauen	zu allen TOP
Frau Fischer	Direktorin Kulturbetrieb der Stadt Plauen	öffentl. Teil
Frau Blume-Brake	Leiterin Fachgebiet Personal/Organisation	zu allen TOP
Herr Wolf	Leiter Fachgebiet Informationstechnik	bis TOP 2.1.
Herr Grimm	Projekt Digitalisierung	bis TOP 2.1.
Herr Gabriel	Leiter Fachgebiet Sicherheit und Ordnung	öffentl. Teil
Herr Ullmann	Leiter Fachgebiet Tiefbau	öffentl. Teil
Herr Löffler	Leiter Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt	öffentl. Teil
Frau Winkler	Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt	öffentl. Teil
Frau Nadine Läster	Medien- und Öffentlichkeitsarbeit	zu TOP 6.2.
Frau Ernst	Leiterin Personalrat	öffentl. Teil
Herr Leonhardt	Leiter Gesamtpersonalrat	öffentl. Teil

Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, FDP-Fraktion	öffentlicher Teil
Frau Koch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion	öffentlicher Teil

Vertreter der Presse

öffentlicher Teil

Gäste

Herr Frank Schönfelder, Planungsgruppe Strunz Ingenieurgesellschaft mbH	zu TOP 3.7.
Frau Heike Roos, Geschäftsführerin des Büro RoosGrün, Freie Landschaftsarchitektin bdla/Freie Stadtplanerin DASL	zu TOP 1.5.1.
Frau Carolin Eidam, Stadt- und Raumplanerin, Büro RoosGrün	zu TOP 1.5.1.

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 29. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 29.03.2022
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
- 1.4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 29.03.2022
- 1.5. Informationen des Oberbürgermeisters
- 1.5.1. Vorbereitung des Beschlusses zum Beteiligungskonzept des Modellvorhabens
- Entwurf Beteiligungskonzept (Vorstellung durch Büro Roosgrün, Weimar)
- 2. Information**
- 2.1. Arbeitsgruppe Digitalisierung
Drucksachenummer: 0582/2022

3. Beschlussfassung

- 3.1. Beauftragung der Verwaltung zur Erarbeitung einer gemeinsamen Bewerbung der Stadt Plauen und der Stadt Leipzig zur Errichtung eines Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit
Drucksachennummer: 0598/2022
- 3.2. Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen für die Kulturumlage 2022 nach § 27 SächsFAG
Drucksachennummer: 0597/2022
- 3.3. Feststellung des Jahresabschlusses 2020 des Kulturbetriebes der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 0570/2022
- 3.4. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 026 „Automobil- und Dienstleistungszentrum Müller, Plauen-Oberlosa“ mit 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 031 „Industrie- und Gewerbegebiet Plauen-Oberlosa, Teil 2a“ Erneuter Billigungs- und Auslegungsbeschluss
Drucksachennummer: 0569/2022
- Änderungsblatt zur Verwaltungsvorlage vom 14.04.2022
- 3.5. Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen zur Maßnahme „Konzepterstellung EFRE - Förderperiode 2021-2027“ für die Gebietskulisse „Haselbrunn“
Drucksachennummer: 0588/2022
- 3.6. Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen zur Maßnahme „Konzepterstellung EFRE - Förderperiode 2021-2027“ für die Gebietskulisse „Dobenuareal“
Drucksachennummer: 0587/2022
- 3.7. Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 0574/2022
- Änderungsblatt zur Verwaltungsvorlage vom 13.04.2022
4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird von Oberbürgermeister Steffen Zenner durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist Oberbürgermeister Zenner darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Stadtratsmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadtrat Eric Holtschke, Fraktionsvorsitzender der SPD/Grüne-Initiative-Fraktion, und Stadtrat Uwe Pein, AfD-Fraktion, und, bestellt.

1.1. Tagesordnung

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt

**3.4. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 026 „Automobil- und Dienstleistungszentrum Müller, Plauen-Oberlosa – Teil 2a“ – Erneuter Billigungs- und Auslegungsbeschluss
*Drucksachennummer: 0569/2022***

von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Sie begründet dies damit, dass noch nicht alle Mitglieder des Stadtrates das nunmehr vorliegende Urteil des Obergerichtes kennen. Dieses Urteil hätte Einfluss auf die nächsten Bebauungspläne. Nach Meinung von Stadträtin Rank sollten erst einmal die mit dem Urteil verbundenen Auflagen einarbeiten und erst dann über den geänderten Bebauungsplan abstimmen.

Oberbürgermeister Zenner weist darauf hin, dass keine Auflagen in diesem Urteil gibt. Es wurde im Urteil festgestellt, dass die Stadt Plauen gegen übergeordnetes Recht verstoßen hat (Verwaltungsverfahrensfehler). Dieses Urteil hätte allerdings nichts mit der heute zu behandelnden Verwaltungsvorlage zu tun.

Oberbürgermeister Zenner kann die Absetzung der Vorlage von der heutigen Tagesordnung nicht empfehlen.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, befürwortet den Antrag. Seiner Meinung nach liegen den Mitgliedern des Stadtrates nicht alle relevanten Unterlagen zu diesem Thema vor. Es wäre seiner Meinung nach notwendig gewesen, dass o. g. Urteil an die Mitglieder des Stadtrates zu versenden.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, spricht sich gegen den Antrag aus. Er schlägt stattdessen vor, den Tagesordnungspunkt 3.4. in der Beschlussfassung nach hinten zu verschieben, so dass genug Zeit bliebe, sich das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Bautzen genauer anzuschauen. Dieses Urteil wurde Stadtrat Fiedler soeben erst in schriftlicher Form vorgelegt.

Oberbürgermeister Zenner befürwortet diesen Vorschlag. Er bietet an, die o. g. Verwaltungsvorlage als neuen TOP 3.7. in der heutigen Sitzung zur Beschlussfassung aufzurufen.

Abstimmung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 3.4.:

**Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen; 23 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 30/22-1**

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Abstimmung zum Vorschlag - Verschieben der o. g. Verwaltungsvorlage als TOP 3.7. in der heutigen Sitzung:

**Abstimmungsergebnis: Diesem Vorschlag wird mit Stimmenmehrheit zugestimmt.
Beschluss-Nr.: 30/22-2**

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 29. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 29.03.2022

Oberbürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 29. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 29.03.2022 fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen aus der letzten Stadtratssitzung

1.4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 29.03.2022

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat den Oberbürgermeister beauftragt, für die Stadt Plauen als Gesellschafterin der Theater Plauen-Zwickau gGmbH die Verhandlungen über die Fortführung des Grundlagenvertrages der Theater Plauen-Zwickau gGmbH aufzunehmen.

Vordringliches Verhandlungsziel ist die Einbeziehung der beiden Landkreise als weitere mitfinanzierende Gesellschafter des Theaters.

Folgender Verteilungsschlüssel und Vertragszeitraum sollen Verhandlungsgrundlage sein:

01.01.2023 bis 31.12.2024	Stadt Plauen 35 %	Stadt Zwickau 65 %
01.01.2025 bis 31.12.2026	Stadt Plauen 37,5 %	Stadt Zwickau 62,5 %
01.01.2027 bis 31.12.2028	Stadt Plauen 40 %	Stadt Zwickau 60 %

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die Höhergruppierung von Frau Silke Vogel als Leiterin des Hortes „Jößnitz“ im Geschäftsbereich I, Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport, Kinder- und Jugendeinrichtungen rückwirkend zum 01.01.2022 beschlossen.

1.5. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Zenner begrüßt an dieser Stelle Herrn Nikolay Cherinko aus der ukrainischen Stadt Solotonoscha (150 Kilometer südöstlich von Kiew).

Herr Cherinko war von 1984 bis zum Abzug der sowjetischen Truppen 1991 in Plauen stationiert. Er war Nachrichtenoffizier der in Plauen stationierten sowjetischen Truppen. Er wohnte mit seiner Frau, und den beiden Töchtern in der damaligen Kommandantur, dem späteren Landratsamt. Seine jüngere Tochter Alina ist 1988 in Plauen geboren.

2016 war Herr Cherinko erstmals wieder in Plauen, was einer Reihe von Zufällen im familiären Umfeld zu verdanken war. Seine Nichte heiratete einen Erzgebirgler. Bei deren Hochzeit lernte ihn Thorsten Piontkowski, Redakteur Vogtland-Anzeigers, kennen. Herr Piontkowski hatte Herrn Cherinko nach Plauen eingeladen und es kam zum Treffen mit dem damaligen Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer.

Nikolay Cherinko zeigte sich beeindruckt von den Veränderungen in der Stadt Plauen und äußerte den Wunsch, dass zwischen Plauen und Solotonoscha, wo er heute als Bauunternehmer tätig ist, Kontakte entstehen, die beim Aufbau von Demokratie und Wirtschaft in der Ukraine helfen können. Seither hat die Stadt Plauen freundschaftliche Verbindungen mit Solotonoscha.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass den Spendenaufrufen der Stadt Plauen viele Menschen gefolgt waren und mittlerweile ca. 54.000 EUR insgesamt an Spendenleistungen zu verzeichnen sind.

Oberbürgermeister Zenner erteilt Herrn Nikolay Cherinko das Wort. Eine Dolmetscherin ist zur Übersetzung anwesend.

Herr Nikolay Cherinko begrüßt die Anwesenden. Er freut sich, in Plauen sein zu können. Herr Cherinko möchte sich im Namen der Stadt und des Landkreises Solotonoscha für die Hilfe der Plauener bedanken, welche so schnell organisiert werden konnte. Durch diese Hilfsgüter konnte vielen Menschen in Butscha, Chernihiv und Charkow humanitäre Hilfe geleistet werden.

Herr Cherinko berichtet, dass vor 5 Jahren eine Zusammenarbeit zwischen den Städten Plauen und Solotonoscha begonnen werden konnte. Daraus seien nun konkrete Projekte entstanden, welche bei der Entwicklung der Region Solotonoscha geholfen haben. Auch dafür bedankt sich Herr Cherinko sehr herzlich.

Herr Cherinko führt weiter aus, dass derzeit viele Menschen in seiner Heimat unter den Folgen des Krieges leiden. Viele Ukrainer hätten Familienmitglieder sowie Haus und Hof verloren und müssen flüchten. Er habe mit eigenen Augen die schlimmen Folgen des Krieges in Butscha und Chernihiv gesehen. Für ihn und seine Familie sei es nicht zu verstehen, warum die Ukraine überfallen wurde. In Solotonoscha seien viele Menschen aus den Orten Charkiw und Mariupol und aus weiteren Gebieten im Osten der Ukraine angekommen. Diese Menschen werden in Solotonoscha mit Wohnungen und Essen versorgt. Man versuche, den Geflüchteten eine Existenz zu sichern. Dafür werden weitere Hilfen benötigt, da man es alleine nicht schaffen könne.

Herr Cherinko teilt mit, dass durch die Hilfe aus Deutschland und ganz Europa zu sehen sei, dass man den Menschen in der Welt nicht egal sei und die Ukraine als Land eine Zukunft in Europa hätte.

Herr Cherinko versichert, dass viele Ukrainer sich eine Zukunft zusammen mit der Europäischen Union wünschen.

Obwohl Herr Cherinko nun schon 62 Jahre alt ist, möchte er sein Land wiederaufbauen und gestalten. Er hat sich bereit erklärt, den Aufbau einer Regionalentwicklung zu leiten. Dazu gehört die Entwicklung der Medizin und der Bildung der Gemeinden im Kreis Solotonoscha. Leider sei durch den Krieg die Umsetzung schwieriger geworden. So fehlen z. B. Schulbusse für den Transport der Kinder zur Schule. Auch sei es durch die Zerstörung von medizinischer Infrastruktur sehr schwer, Krankentransporte zu organisieren.

Gerne möchte Herr Cherinko die Zusammenarbeit fortführen und ausbauen. Er weiß, dass die Bürgermeister und Stadträte jeden Tag hart arbeiten, um die Region Plauen zu entwickeln.

Herr Cherinko bittet darum, auch zukünftig seinem Land beim Aufbau und bei der Weiterentwicklung zu helfen. Die Bildung der Kinder liege ihm dabei genauso am Herzen wie die medizinische Betreuung der Menschen.

Herr Cherinko bedankt sich für die Unterstützung und dafür, dass er vor den Mitgliedern des Stadtrates sprechen durfte.

Herr Cherinko überreicht Geschenke und eine ukrainische Flagge an Oberbürgermeister Zenner.

Oberbürgermeister Zenner bedankt sich bei Herrn Cherinko und seiner Dolmetscherin. Er sichert eine weitere Unterstützung der Stadt Plauen für Solotonoscha zu. Die Plauener Bevölkerung spendet sehr viel und sei auch bereit, Hilfe vor Ort für die Geflüchteten zu leisten.

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, trägt im Auftrag des Oberbürgermeisters zum Urteil des Oberverwaltungsgerichtes vor:

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat den Bebauungsplan Nr. 31 - Industrie- und Gewerbegebiet Oberlosa Teil 1 im August 2019 beschlossen. Dieser Bebauungsplan wurde in mehreren Normenkontrollklagen angefochten. Das Oberverwaltungsgericht hat am 06.04.2022 entschieden, dass der Bebauungsplan für unwirksam erklärt wird. Dem voraus ging eine mündliche Verhandlung in Bautzen, in welcher der Stadt Plauen mitgeteilt wurde, dass das Sächsische Oberverwaltungsgericht im Zuge der Vorbereitung dieses Termins (am Tag vor der Verhandlung) auf eine Rechtsprechung gestoßen sei, die den Bebauungsplan für unwirksam erklärte. 3 Tage vor diesem Termin wurde die Stadt Plauen auf 2 Verfahrensfehler hingewiesen. Einmal ein Verfahrensfehler zur Auslegung einer DIN-Vorschrift, dass eine Auslegung immer barrierefrei (d. h. für alle Menschen zugänglich ohne Aufwendung von Kosten) zu erfolgen hat.

Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass die Stadt Plauen alle Planunterlagen mit einem Ausfertigungsvermerk zu versehen hat. Dies wurde bis zum Verhandlungstag korrigiert und bekanntgemacht. Bei der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes gab es 2 Rechtsurteile – eines im Jahr 2019, kurz vor Satzungsbeschluss des o. g. Bebauungsplanes und ein weiteres am 18.02.2021, welches eigentlich dazu geführt hat, dass der o. g. Bebauungsplan aus dem Jahr 2019 für unwirksam erklärt wurde. Bis zum Verhandlungstermin ging keiner, auch nicht die Gegenseite davon aus, dass dieses Thema problematisiert wird, weil in keiner Begründung die Wirkung dieses Urteils aufgeführt wurde.

Die Stadt Plauen ging bei der Festsetzung ihrer Immissions-Kontingente davon aus, dass die Zweckbestimmung eines Industriegebietes hinsichtlich festgelegter Pegel von 70 dbA tags und 61 dbA nachts erfüllt sind. Dies sind Werte, die für dein Industriegebiet gelten.

Dies sei letztendlich so erfolgt, um auch an den nächst gelegenen Immissionsorten bestimmte Pegel zu garantieren.

Das Bundesverwaltungsgericht hat aber bestimmt, dass eine Lärmkontingentierung nach § 1 Abs. 4 Satz 1 Nr. 4 der Baunutzungsverordnung nur dann gedeckt ist, wenn jedenfalls ein Teilgebiet von jeglicher Immissionsbeschränkung ausgenommen ist. D. h., ein Teilgebiet in diesem Bebauungsplan darf keine Lärmkontingentierung erhalten.

Es wurde sich in der Verhandlung auch nicht eindeutig und abschließend zu Schutzansprüchen an Immissionsorten – was eigentlich das Thema des Klageverfahrens war – bekannt. Auch das Bundesverwaltungsgericht sagte in seinem Urteil vom 18.02.2021, dass diese Entscheidung mit erheblichen Problemen für die Kommunen behaftet sei, da eine Umsetzung natürlich tatsächlich Probleme bei den Kommunen verursacht. Dies war der Verweis an den Gesetzgeber, dass das in der Baunutzungsverordnung zu korrigieren sei, aber dies ist bis heute nicht geschehen. Die Baunutzungsverordnung regelt Nutzungen – aber keine Lärmwerte.

Bürgermeisterin Wolf weist darauf hin, dass man heute 2 unterschiedliche Verfahren zu betrachten habe.

Mit der heute zur Beschlussfassung vorgelegten Vorlage geht es um eine verbesserte verkehrstechnische Erschließung.

Alle anderen Sachen sind bereits in der Ratssitzung abgewogen und beschlossen, das heißt, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan des Automobil- und Dienstleistungszentrums Müller, was die Entwicklung des Geländes betrifft.

Das Verfahren wird die Stadt Plauen wiederaufnehmen. Es werden noch einmal die gesamten Gewerbe- und Industrieflächen betrachtet, um eine Fläche ausweisen zu können, die nicht mit einer Lärmkontingentierung versehen wird.

Dies hat nach Meinung von Bürgermeisterin Wolf keinen Einfluss auf den vorhabenbezogenen Bebauungsplan, da das Automobil- und Dienstleistungszentrum Müller von der Stadt Plauen eine Baugenehmigung erhalten hat. In dieser ist klar nachzulesen, dass auch der nächstgelegene Immissionsort eine Belastung hinnehmen muss, welche 15 bis 17db - je nach Schutzanspruch, den man dem Objekt zuschreibt, darunterliegt.

Bürgermeisterin Wolf denkt, dass man dort nicht von einer Belastung der Immissionsorte ausgehen muss, wenn selbst die Richtwerte noch weit unterschritten werden, so dass man weit unter der Relevanzgrenze liegt.

Oberbürgermeister Zenner weist darauf hin, dass bei diesem Tagesordnungspunkt (Informationen des Oberbürgermeisters) keine Fragen gestellt bzw. beantwortet werden.

1.5.1. Vorbereitung des Beschlusses zum Beteiligungskonzept des Modellvorhabens - Entwurf Beteiligungskonzept (Vorstellung durch Büro Roosgrün, Weimar)

Frau Birgit Winkler, Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, erläutert kurz die Vorgehensweise zur breiten Beteiligung der Öffentlichkeit. Um diese Beteiligung auch für die nächsten Jahre in professioneller Form gewährleisten zu können, hat man sich das Büro RoosGrün aus Weimar als einen sehr kompetenten Partner zur Unterstützung und Begleitung dazu geholt. Es ist vorgesehen, das Beteiligungskonzept im Stadtrat am 05.07.2022 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Unterlagen werden den Mitgliedern des Stadtrates im Anschluss an die Sitzung elektronisch zur Verfügung gestellt und im Ratsinformationssystem „session“ beim entsprechenden Tagesordnungspunkt hinterlegt.

Die Geschäftsführerin des Büro RoosGrün, Frau Heike Roos, Freie Landschaftsarchitektin bdla/Freie Stadtplanerin DASL, und Frau Carolin Eidam, Stadt- und Raumplanerin, erläutern anhand einer Präsentation das Beteiligungskonzept im Modellprojekt „ZUKUNFT LEBEN im Plauener Süden“.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt nach, was unter der „Nadelmethode“ zu verstehen ist. Weiterhin fragt er nach wie die verschiedenen Zielgruppen für die verschiedenen Ebenen in der Intensität erreichen werden sollen.

Frau Eidam erläutert die Nadelmethode:

Anhand einer Karte von einem bestimmten Quartier werden Fragen an verschiedene Nutzergruppen gestellt, welche mit Hilfe von Pin-Nadeln Punkte in dieser Karte markieren, z. B. anhand der Fragestellung: Was sind positiv und negativ wahrgenommene Orte in einem Quartier? Dies gäbe dann ein visuelles Ergebnis, was für weitere Beteiligungsverfahren als Grundlagen verwendet werden kann.

Frau Winkler antwortet zur 2. Frage, dass es gerade im Mammengebiet sinnvoll sei, die Bewohner mit anzusprechen – hier handelt es sich um eine breite Zielgruppe von jung bis alt. Weiterhin wurden Umfragen z. B. im Zielbereich von Sportgruppen zur Dreifeldsporthalle und zum Stadtbad gestellt. Die Befragungen werden für jedes Projekt angepasst.

2. Information

2.1. Arbeitsgruppe Digitalisierung Drucksachenummer: 0582/2022

Herr Nick Grimm, Leiter Projekt Digitalisierung, und Herr Stefan Wolf, Leiter Fachgebiet Informationstechnik, erläutern kurz den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, führt aus, dass der Schwerpunkt des Antrages seiner Fraktion eine ganzheitliche Digitalisierungsstrategie sei. Mit begrenztem Budget müsse man natürlich auch Prioritäten setzen. Dafür bedürfe es einer klaren Leitlinie. Dies sei in den letzten Jahren etwas vernachlässigt worden. In der Stellungnahme zum Antrag war zu lesen, dass eine Digitalagenda bereits begonnen wurde und voraussichtlich Ende 2021 im Entwurf fertiggestellt wäre.

Stadtrat Hermann fragt nach, ob die Vorstellung dieser Digitalagenda ein Teil der ersten Sitzung wird und man erst danach in eine Diskussion gehe.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass die Digitalstrategie, welche von Herrn Wolf und Herrn Grimm erarbeitet wurde, vorliegt und in der Arbeitsgruppe vorgestellt wird.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, merkt an, dass es unstrittig sei, dass diese AG Digitalisierung erforderlich ist. Man möchte diese auch gerne unterstützen.

Stadtrat Schuman habe aber bereits im Verwaltungsausschuss darauf hingewiesen, dass es den Fraktionen ermöglicht werden sollte, neben den Stadträten und sachkundigen Einwohnern der Fraktionen auch externe Bürgerinnen und Bürger mit kompetentem Sachverstand zu dieser AG Digitalisierung bestellen zu können.

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt die Gründung einer Arbeitsgruppe Digitalisierung zur Kenntnis.

Ständige Mitglieder dieser Arbeitsgruppe sollen sein:

- Koordinator Digitalisierung als Vorsitzender
- Fachgebietsleiter IT als stellv. Vorsitzender
- 1 Mitarbeiter des FG Personal/Organisation (für Themen, welche die Verwaltung direkt betreffen)
- 1 Mitarbeiter des Controllings (für Themen, welche die Verwaltung direkt betreffen)
- je ein Vertreter jeder Fraktion (kann auch ein Sachkundiger Einwohner sein)

Zusätzlich können themenbezogen weitere Teilnehmer eingeladen werden.

Mit folgenden Aufgaben wird sich die Arbeitsgruppe Digitalisierung u.a. beschäftigen:

- Ausgestaltung der Digitalstrategie für die Stadt Plauen
 - o Entwicklung einer Strategie zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetz
 - o Umsetzung und Möglichkeiten zur Verstärkung des Digitalpakt Schulen
 - o eGovernment
 - o Smart City
 - o Sonstiges IT-Themen der Verwaltung
- Vorbereitung von Vorlagen zum Thema Digitalisierung für die beschließenden Gremien

Die Fraktionen werden aufgefordert bis zum 31.05.2022 ihre Vertreter und mindestens einen Stellvertreter zu benennen. Über die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe wird zweimal jährlich im Verwaltungsausschuss informiert.

3. Beschlussfassung

3.1. **Beauftragung der Verwaltung zur Erarbeitung einer gemeinsamen Bewerbung der Stadt Plauen und der Stadt Leipzig zur Errichtung eines Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit**

Drucksachenummer: 0598/2022

Oberbürgermeister Zenner führt kurz in das Thema der Vorlage ein. U. a. teilt er mit, dass derzeit noch nicht bekannt sei, wie die eigentliche Ausschreibungskriterien aussehen werden und ob sich zwei Städte als ein Standort bewerben dürfen. Deshalb wird eine relativ weiche Formulierung des Beschlusses vorgeschlagen, um überhaupt die Chance zu haben, bei erfolgter Ausschreibung schnell handeln zu können. Aktueller Kenntnisstand sei, dass die Ausschreibung in Vorbereitung ist und dass dazu auf Bundesebene noch ein Kabinettsbeschluss erforderlich ist. Man rechnet mit einer Ausschreibung etwa im Sommer 2022. Bereits im Herbst dieses Jahres soll der Standortbeschluss erfolgen.

Oberbürgermeister Zenner weist darauf hin, dass es sich seiner Meinung nach nur um einen Standort handeln könne, der mit der Friedlichen Revolution von 1989, den Ereignissen davor und den Transformationsprozessen danach eine unmittelbare authentische und federführende Leistung erbracht hat.

Durch die Stadt Leipzig wurde der Beschluss einer gemeinsamen Bewerbung mit Plauen bereits am 13.04.2022 gefasst.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages seiner Fraktion, **Reg. Nr. 265-22**. Es sei wichtig, sicherzustellen, dass zwischen beiden Kommunen (Leipzig und Plauen) im Erfolgsfalle der Bewerbung eine Partnerschaft „auf Augenhöhe“ bestünde. Deshalb beantragt die CDU-Fraktion eine Ergänzung des Beschlussvorschlages der Vorlage.

Die CDU-Fraktion begrüßt, dass Oberbürgermeister Zenner auch die Fraktionen in die Verhandlungen mit Leipzig einbeziehen möchte.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik trägt nachfolgend gekennzeichnete Änderung in der Formulierung des Antragstextes vor:

2. Im Falle einer gemeinsamen Bewerbung mit der Stadt Leipzig ~~ist soll~~ vertraglich ~~sicherzustellen si-~~
chergestellt werden, dass Gegenstand der gemeinsamen Bewerbung zumindest die Implementierung einer Außenstelle des Forschungsanteils des Zukunftszentrums ist. Diese sollte zumindest in enger Kooperation mit dem Bereich „Wirtschaft“ der Berufsakademie/Dualen Hochschule am Standort Plauen etabliert werden. Gegenstand eines solchen Forschungsanteils sollte die „Wirtschaftliche Transformation - Erfolge und Misserfolge 1990 bis 2020 am Beispiel der Euregio Egrensis - Lehren für zukünftige wirtschaftliche Transformationen in Osteuropa“ sein.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik teilt mit, dass auch Herr Prof. Dr. Neumann, Direktor der Berufsakademie Plauen (künftig auch duale Hochschule), die Initiative der CDU-Fraktion ausdrücklich begrüßt.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erinnert daran, dass der Beginn der Friedlichen Revolution am 07.10.1989 von Plauen aus begonnen hat. Man möchte die Geschehnisse des Herbstes 1989 mit der gemeinsamen Bewerbung auf ein besonderes Maß der Anerkennung und Würdigung heben.

Die friedliche Revolution, die Deutsche Einheit und der damit verbundene europäische Transformationsprozess sei nach Meinung von Stadtrat Schmidt geschichtlich und gesellschaftspolitisch eine Transformation von größter Bedeutung.

Auch wenn die CDU-Fraktion eine einzelne Bewerbung Plauens sehr begrüßen würde, so sei eine gemeinsame Bewerbung mit Leipzig doch sinnvoll und würde wohl auch die größte Aussicht auf Erfolg darstellen.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass er mit dem geänderten Beschlussvorschlag des Antrages der CDU-Fraktion mitgehen könne. Wichtig sei ihm, dass zur Vertragsvereinbarung unbedingt die Fraktionsvorsitzenden dabei sein sollten.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, teilt mit, dass seine Fraktion das Vorhaben mit allen Kräften unterstützen wird.

Man sehe allerdings Änderungsbedarf bezüglich der Beschlussänderung des CDU-Antrages. Die Berufsakademie Plauen habe noch keine Erfahrung mit Transformationsforschung. Weiterhin seien die Ausschreibungsmodalitäten noch nicht klar. Deshalb hat die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion Sorge, dass man mit einem so konkreten Beschluss, in welchem schon ein Forschungsschwerpunkt genannt wird, das gesamte Projekt gefährden könnte.

Stadtrat Holtschke stellt folgenden Änderungsantrag zum Antrag der CDU-Fraktion:

„...Eine Kooperation mit der Berufsakademie Plauen ist bei der Bewerbung anzustreben...“

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, teilt mit, dass die FDP-Fraktion diesem Antrag grundsätzlich zustimmen könne.

Man könne aber auch den Inhalt und die Intention des Antrages der CDU-Fraktion nachvollziehen.

Stadtrat Gerbeth fragt dazu nach: Wie beurteilt die Verwaltung die Gefahr, dass an solch einer Verhandlungsposition die gemeinsame Bewerbung mit Leipzig scheitern könnte?

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass er diese Gefahr als relativ gering betrachten würde. Mit der von Stadtrat Prof. Dr. Kolwazick vorgetragenen Änderung des CDU-Antrages könne Oberbürgermeister Zenner die Zustimmung zu diesem Antrag empfehlen. Er würde versuchen so zu verhandeln, dass man zumindest einen Teil dieser Forschungen in Plauen durchführen könnte.

Oberbürgermeister Zenner könne die von Stadtrat Holtschke geäußerten Bedenken nicht teilen. Man würde als gleichberechtigter Partner in die Verhandlungen gehen.

Stadtrat Gerald Schumann, AfD-Fraktion, führt aus, dass auch seine Fraktion den Vorschlag der CDU-Fraktion mittragen könne. Die AfD-Fraktion unterstützt die gemeinsame Bewerbung von Plauen und Leipzig vollumfänglich. Über das interne Reglement mit der Stadt Leipzig könne man nach erfolgreicher Bewerbung sprechen.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion DIE LINKE, teilt die Intention des Antrages der CDU-Fraktion. Da Oberbürgermeister Zenner den Inhalt des Antrages teilt und zu den Verhandlungen vertreten würde, wäre diese Beschlussergänzung nach Meinung von Stadtrat Schwarz aber nicht notwendig.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, merkt an, dass sie bei dieser Vorlage prinzipiell pessimistisch sei. Sie begründet dies damit, dass sie nicht begreifen könne, warum sich für dieses Zentrum Städte wie Frankfurt/Oder bewerben können, wo die herausragende Stellung bezüglich der Friedlichen Revolution nicht begründbar wäre.

Weiterhin kritisiert Stadträtin Hänsel die Bezeichnung „ländlicher Raum“ obwohl Plauen die fünftgrößte Stadt in Sachsen ist.

Stadträtin Hänsel führt weiter aus, dass sich die Stadt Plauen bereits bei den Städten der Industriekultur beworben habe, die sachsenweit angesiedelt waren. Auch diese Bewerbung sei damals euphorisch verkündet worden – Plauen wurde aber nicht berücksichtigt.

Aus diesem Grunde glaubt Stadträtin Hänsel persönlich nicht, dass mit dieser Bewerbung ein großes Erfolgserlebnis für Plauen verbunden sein wird.

Oberbürgermeister Zenner versucht zu verdeutlichen, dass die Gefahr bestünde, dass es eine politische Entscheidung geben könnte. Deshalb würde sich Frankfurt/Oder ebenfalls bewerben, „weil man sich auf der politischen Ebene sehr gut aufgehoben fühlt“. Das gleiche hätte man bei der Industriekulturausstellung erlebt.

Oberbürgermeister Zenner denkt aber, dass eine Bewerbung der Stadt Plauen zum Thema Friedliche Revolution unbedingt erforderlich sei, da Plauen eine Transformation im ländlichen Raum nachweisen könnte. Gleichzeitig wird Plauen als Oberzentrum im ländlichen Raum definiert.

Stadtrat Holtschke teilt mit, dass seine Fraktion prinzipiell auch für eine wissenschaftliche Schärfung des Profils in Plauen befürwortet. Man sei aber keine Universitätsstadt.

Wenn dies allerdings in der Bewerbung gefordert wird, so wäre dies für Stadtrat Holtschke ein Ausschlusskriterium.

Oberbürgermeister Zenner sieht nicht, dass eine Bewerbung daran scheitern könnte. Eine Beschlussfassung durch den Stadtrat sei für die weiteren Verhandlungen wichtig.

Stadtrat Schmidt merkt an, dass die Bezeichnung „ländlicher Raum“ nicht negativ verstanden werden sollte, sondern dass der ländliche Raum, in dem Plauen als Oberzentrum wahrgenommen würde, positive Effekte habe.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik vertritt die Meinung, dass die Formulierung des Änderungsantrages von Stadtrat Holtschke nicht ausreichend sei. Der Stadtrat sollte eine klare Meinung dazu haben, was man sich von diesem Zukunftszentrum wünscht und diese auch verkünden.

Oberbürgermeister Zenner fragt nach, ob Stadtrat Holtschke seinen Änderungsantrag aufrechterhalten möchte.

Stadtrat Holtschke bestätigt dies und schlägt folgende Änderung vor:

„Eine Kooperation mit der BA Plauen ist bei der Bewerbung anzustreben.“

Auf erneute Nachfrage von Oberbürgermeister Zenner zur Konkretisierung der Änderung bittet Stadtrat Holtschke um eine kurze Unterbrechung der Sitzung, um sich mit seiner Fraktion beraten zu können.

Oberbürgermeister Zenner unterbricht die Stadtratssitzung für 5 Minuten.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, zieht seinen Änderungsantrag zum Beschlusstext zurück.

Stadtrat Holtschke teilt mit, dass er sich bei der Abstimmung zum Antrag der CDU-Fraktion enthalten wird, da er der Meinung ist, dass man hier „den 2. Schritt vor dem 1. Schritt“ machen würde.

Oberbürgermeister Zenner ruft nunmehr zur Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 265-22**, auf.

Beschluss:

1. bleibt bestehen

2. Im Falle einer gemeinsamen Bewerbung mit der Stadt Leipzig soll vertraglich sichergestellt werden, dass Gegenstand der gemeinsamen Bewerbung zumindest die Implementierung einer Außenstelle des Forschungsanteils des Zukunftszentrums ist. Diese sollte zumindest in enger Kooperation mit dem Bereich „Wirtschaft“ der Berufsakademie / Dualen Hochschule am Standort Plauen etabliert werden. Gegenstand eines solchen Forschungsanteils sollte die „Wirtschaftliche Transformation - Erfolge und Misserfolge 1990 bis 2020 am Beispiel der Euregio Egrensis - Lehren für zukünftige wirtschaftliche Transformationen in Osteuropa“ sein.

3. Punkt 2. wird 3

Abstimmungsergebnis: 29 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen; 4 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 30/22-3

Oberbürgermeister Zenner bittet um Abstimmung zur Verwaltungsvorlage unter Berücksichtigung des geänderten Beschlusstextes:

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beauftragt den Oberbürgermeister, ergänzend zum Beschluss des Stadtrates vom 15.06.2021 mit Beschluss-Nr. 0390/2021, die Möglichkeiten einer gemeinsamen Bewerbung mit der Stadt Leipzig um die Errichtung des „Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“ zu prüfen und eine entsprechende Bewerbung zu erarbeiten.

2. Im Falle einer gemeinsamen Bewerbung mit der Stadt Leipzig soll vertraglich sichergestellt werden, dass Gegenstand der gemeinsamen Bewerbung zumindest die Implementierung einer Außenstelle des Forschungsanteils des Zukunftszentrums ist. Diese sollte zumindest in enger Kooperation mit dem Bereich „Wirtschaft“ der Berufsakademie/Dualen Hochschule am Standort Plauen etabliert werden. Gegenstand eines solchen Forschungsanteils sollte die „Wirtschaftliche Transformation - Erfolge und Misserfolge 1990 bis 2020 am Beispiel der Euregio Egrensis - Lehren für zukünftige wirtschaftliche Transformationen in Osteuropa“ sein.

3. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel in Höhe von max. 50.000 Euro für die Erstellung einer Bewerbung für das „Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 5 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 30/22-4

3.2. Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen für die Kulturumlage 2022 nach § 27 SächsFAG
Drucksachenummer: 0597/2022

Frau Ute Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, führt aus, dass er Beschluss zum Verbleib im Kulturraum demokratisch gefasst wurde. Er selbst habe diesen Beschluss zwar nicht mitgetragen, aber trotzdem müsse heute als logische Konsequenz daraus die Einstellung dieser Mittel beschlossen werden. In den kommenden Jahren sollte aber die Mitgliedschaft im Kulturraum immer wieder hinterfragt werden, solange es zu keiner zufriedenstellenden Lösung der Beteiligung der Landkreise -möglichst als Gesellschafter - am Theater Plauen-Zwickau gibt.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, schließt sich den Ausführungen von Stadtrat Gerbeth an. Auch seine Fraktion hatte sich mehrheitlich dem Verbleib im Kulturraum entgegengestellt. Die Verfahrensweise wirft aber Fragen auf. Obwohl die Stadt Plauen einen Austritt aus finanziellen Gründen vorgeschlagen habe, wurden nun doch die notwendigen Mittel aufgebracht. Über einen möglichen Austritt aus dem Kulturraum zu entscheiden, sollte im nächsten Jahr auf jeden Fall wieder auf die Tagesordnung des Stadtrates kommen.

Frau Göbel teilt mit, dass es sich um eine unabweisbare Ausgabe handelt. Die Deckung ist in der Vorlage dargestellt. Die Zahlung erfolgt aus geringeren Zuschüssen an die Theater Plauen-Zwickau gGmbH in 2021. Diese geringeren Zuschüsse resultieren aus der pandemiebedingten Kurzarbeit.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, merkt an, dass die Stadt Plauen mit dem heutigen Beschluss seit 2009 freiwillig bereits ca. 9 Mio. EUR in den Kulturraum eingezahlt habe. Die beiden Landkreise konnten allerdings immer noch nicht dazu bewegt werden, sich am Theater zu beteiligen.

Wenn die Stadt Plauen nunmehr aus finanziellen Gründen aus dem Kulturraum austreten wollte, müsste bis zum 30.06.2022 eine entsprechende Erklärung vorliegen.

Stadtrat Holtschke fragt nach, wie die Stadt Plauen hier vorgehen möchte.

Oberbürgermeister Zenner führt aus, dass die Fraktionen die Möglichkeiten haben, entsprechende Anträge in der Haushaltsdiskussion zu stellen. Ein Vorschlag der Verwaltung wird hierzu unterbreitet.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen in 2022 i.H. v. 784.834,37 EUR für die Kulturumlage 2022 (0-20-101/ 611001/ 4373100).

Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen; 4 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 30/22-5

3.3. Feststellung des Jahresabschlusses 2020 des Kulturbetriebes der Stadt Plauen

Drucksachenummer: 0570/2022

Frau Kerstin Fischer, Leiterin des Kulturbetriebes der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, lobt die optimale Vorgehensweise des Kulturbetriebes (Online Medienausleihe in der Bibliothek, Online Unterricht im Konservatorium) während der Corona-Pandemie.

Gleichzeitig merkt Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik an, dass der Verlust des Kulturbetriebes im Jahr 2020 noch geringer hätte sein können, wenn das Instrument der Kurzarbeit mehr genutzt worden wäre.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass man sich in 2020 dafür entschieden hatte, die Museumsmitarbeiter in Vollzeit weiter arbeiten zu lassen, so dass Rückstände in den Archiven aufgearbeitet werden konnten. Gleichzeitig waren Mitarbeiter mit den weiteren Planungen für das Weisbachsche Haus betraut worden.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, fragt folgendes nach:

1. Warum kam die Förderung durch den Kulturraum nicht in der beantragten Höhe?
Liegt das an den unterschiedlichen Förderhöhen oder sind andere Projekte gefördert worden?

Frau Fischer antwortet, dass nach Abstimmung mit der Kämmerei mehr Fördermittel vom Kulturraum beantragt wurden. Letztendlich wurde durch den Kulturraum nur die absolut minimale Förderung (lt. Richtlinie) für die Plauener Einrichtungen gezahlt. Dies sei sehr schade, da die Plauener Einrichtungen auch Bewohner des gesamten Vogtlandkreises bedienen.

Man wolle darauf hinwirken, dass an der Förderrichtlinie etwas geändert wird, um dies stärker berücksichtigen zu können.

2. Wie viele Gemeinden beteiligen sich derzeit finanziell am Vogtlandkonservatorium?

Frau Fischer antwortet, dass man die Fremdgemeinden nur darum bitten könne, einen gewissen Anteil zu zahlen. Derzeit geben die Gemeinden Triebel und Weischlitz etwas dazu, wofür sich Frau Fischer herzlich bei den Bürgermeistern dieser Gemeinden bedankt.

3. Welche dringenden Investitionen müssten am Vogtlandkonservatorium durchgeführt werden? Wie ist die derzeitige räumliche Situation am Vogtlandkonservatorium, nachdem ein geplanter Umzug nicht stattfinden konnte?

Frau Fischer antwortet, dass ein Umzug des Vogtlandkonservatoriums geplant war, weil am derzeitigen Standort zu wenige Räumlichkeiten vorhanden sind. Das vorgesehene Gebäude wird aber nun anderweitig genutzt. Am derzeitigen Standort müsse definitiv etwas an der Klimaanlage für den Saal getan werden.

Auf Nachfrage von Stadtrat Gerd Steffen, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, antwortet Frau Fischer, dass für die Dezemberhilfe ein Abschlag in 2021 gezahlt wurde. Ein abschließender Bescheid liegt allerdings noch nicht vor. Es erschließt sich ihr auch noch nicht ganz, ob das Geld zurückgezahlt werden müsste.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, fragt nach, ob schon ein abschließender Bescheid für das Kurzarbeitergeld 2022 vorliegt oder ob hier noch mit dem vorläufigen Bescheid agiert wird.

Stadtrat Legath merkt an, dass das Instrument Kurzarbeitergeld seiner Meinung nach sehr sparsam eingesetzt werden sollte, da dies mit nicht unerheblichen Einbußen für die Beschäftigten verbunden sei.

Frau Fischer teilt mit, dass der Tarifvertrag „Covid 19“ darauf abstellt, dass die Beschäftigten 95 % ihres Nettogehaltes bekommen. Die vorläufigen Bescheide bezüglich Kurzarbeitergeld sind vom Arbeitsamt beschieden. Das Geld wurde ausgezahlt. Natürlich behält sich auch die Agentur für Arbeit eine nochmalige Prüfung vor.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen stellt den Jahresabschluss 2020 des Kulturbetriebes der Stadt Plauen fest.

1. Der Jahresverlust des Kulturbetriebes der Stadt Plauen in Höhe von 190.454,31 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.
2. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 30/22-6

3.4. Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen zur Maßnahme “Konzepterstellung EFRE – Förderperiode 2021-2027“ für die Gebietskulisse “Haselbrunn“ **Drucksachenummer: 0588/2022**

Herr Markus Löffler, Leiter Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, erläutert den Inhalt der beiden Vorlagen zu den Tagesordnungspunkten 3.4. und 3.5. gemeinsam.

Oberbürgermeister Zenner befürwortet die Aufwertung des Stadtteils Haselbrunn. Dieser Stadtteil würde nach Meinung von Oberbürgermeister Zenner teilweise zu Unrecht schlecht geredet.

Oberbürgermeister Zenner führt weiter aus, dass man sich mit der Aufwertung des Stadtteils Haselbrunn sehr gezielt den Aktivitäten des „Dritten Weges“ gegenüberstellen wolle. Man wolle zeigen, dass man diesen Stadtteil auf gar keinen Fall aufgeben würde.

Stadtrat Tony Gentsch, fraktionsloser Stadtrat, weist Oberbürgermeister Zenner an dieser Stelle auf seine Neutralitätspflicht hin.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, bittet intensiver zu prüfen, ob die beiden Gebiete Haselbrunn und Dobenuaareal zusammengelegt werden könnten, da es hier gewisse Synergieeffekte geben würde.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, äußert sich positiv darüber, dass der Stadtteil Haselbrunn aufgewertet werden soll. Er bedankt sich ausdrücklich bei Herrn Löffler und seinem Team sowie bei Bürgermeisterin Wolf.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE, bittet um Konkretisierung der Aussage, dass ein externes Büro „zeitnah“ herangezogen wird.

Herr Löffler antwortet, dass die Ausschreibung vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtrates auf den Weg gebracht wurde. Die Angebote liegen vor, so dass ab morgen begonnen werden könnte, die Aufträge zu erteilen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 33.750,00 EUR zur Maßnahme “Konzepterstellung EFRE – Förderperiode 2021-2027“ für die Gebietskulisse “Haselbrunn“ (KST 2-60-302 / KT 511101 / SK 4291000).

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 30/22-7

3.5. Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen zur Maßnahme “Konzepterstellung EFRE – Förderperiode 2021-2027“ für die Gebietskulisse “Dobenuaareal“
Drucksachenummer: 0587/2022

siehe TOP 3.4.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 18.750,00 EUR zur Maßnahme “Konzepterstellung EFRE – Förderperiode 2021-2027“ für die Gebietskulisse “Dobenuaareal“ (KST 2-60-302 / KT 511101 / SK 4291000).

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 30/22-8

3.6. Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Plauen
Drucksachenummer: 0574/2022

Herr Martin Gabriel, komm. Leiter Fachbereich Sicherheit und Ordnung, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Er weist u. a. auf den Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 108-20**, hin, in welchem die Verwaltung mit der Prüfung um Aussetzung von Gebühren aufgrund der Corona-Pandemie beauftragt wurde.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, merkt an, dass es ein gutes Zeichen sei, dass unbürokratisch entschieden werden könne, um positive Effekte für die Händler und Gastronomen zu erreichen. Gleichzeitig würde dadurch die Innenstadt weiter belebt.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, äußert sich ebenfalls positiv zu den Vereinfachungen, welche diese neue Satzung bringen wird.

Kritisch wird allerdings § 11 Pkt. 8 - Zirkusplakate gesehen. Hier würde es keine Vereinfachungen geben.

Die in Plauen gastierenden Zirkusgewerbe müssten extra Plakate für die Stadt Plauen drucken, welche in die Plakatrahmen der Firma Moplak passen.

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, teilt mit, dass mit der Firma Moplak ein Werbevertrag abgeschlossen. Es sei sehr wohl möglich, dass die Zirkusse die Rahmen der Firma Moplak nutzen können. Das Problem in Plauen war, dass Werbeplakate für alle möglichen Veranstaltungen angebracht wurden (z. B: Dinosauriershow), die sich als Zirkus dargestellt hätten, so dass es unterschiedlichste Plakate im Plauener Stadtbild gab, welche teilweise nicht ordentlich angebracht war.

Stadtrat Mario Dieke, AfD-Fraktion, führt aus, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen könne. Alles, was zur Belebung der Innenstadt beitragen kann, sei zu begrüßen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt gemäß der Anlage 3 die Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Plauen.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 30/22-9

3.7. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 026 „Automobil- und Dienstleistungszentrum Müller, Plauen-Oberlosa“ mit 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 031 „Industrie- und Gewerbegebiet Plauen-Oberlosa, Teil 2a“ Erneuter Billigungs- und Auslegungsbeschluss **Drucksachenummer: 0569/2022**

Herr Dipl. Ing. Frank Schönfelder, Planungsgruppe Strunz Ingenieurgesellschaft mbH, erläutert anhand einer Präsentation den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE, teilt mit, dass seiner Fraktion bewusst sei, dass hier ein Einzelprojekt entschieden werden soll. Trotzdem gäbe es – wie bereits in der Stadtratssitzung am 01.02.2022 mitgeteilt – Vorbehalte gegenüber dem gesamten Gewerbegebiet.

Nach Meinung der Fraktion DIE LINKE, gäbe es nach wie vor Planungsfehler, z. B. das mangelhafte Straßenkonzept, die mangelhafte Abkopplung der Ortschaft Oberlosa vom Gewerbegebiet.

Die im Februar 2022 vorgebrachten Vorbehalte hätten sich durch das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes noch verstärkt.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes keine Auswirkungen auf den hier vorgelegten Beschlussvorschlag hat.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, denkt, dass die große Mehrheit des Stadtrates grundsätzlich nichts gegen die Ansiedlung des Automobil- und Dienstleistungszentrums Müller in Oberlosa habe. Die in der Vorlage vorgetragenen Änderungen hält Stadtrat Blechschmidt persönlich für richtig. Die öffentliche Auslegung sollte mehrheitlich beschlossen werden.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Zenner ob sich mit der neuen Auslegung Verbesserungen für die Ortschaft Oberlosa geben würde, teilt Herr Schönfelder mit, dass die Anstrengungen, welche die Stadt Plauen im Benehmen mit dem Straßenbaulastträger und der Landkreisbehörde in den letzten Monaten vorgenommen hat, positive Effekte bringen wird.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, spricht das Urteil vom Oberverwaltungsgericht an. Mit dem Beschluss zur heutigen Vorlage würde man auch in den Bebauungsplan 031 eingreifen, um die es in o. g. Urteil geht. Weiterhin wären den Mitgliedern des Stadtrates nicht alle entscheidungsrelevanten Unterlagen vorgelegt worden. Deshalb könnte der Beschluss heute nicht unterstützt werden. Man freut sich auf die Veranstaltung am Donnerstag, 05.05.2022 in Oberlosa und hofft darauf, dass der dort geführte Dialog dann auch fortgesetzt würde.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, hat sich das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes angeschaut und versucht dieses zusammenfassend darzulegen.

Der heute vorgelegte Beschluss bezieht sich auf den vorhabenbezogenen Teil des Bebauungsplanes für das Automobil- und Dienstleistungszentrum Müller.

Das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes allerdings betrifft die beiden angebotsbezogenen Flächen, also Richtlinien, die jemand erfüllen müsse, der zukünftig dort investieren möchte.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, führt aus, dass noch weitere Klagen anhängig seien. Sie fragt nach, ob die Gefahr besteht, dass die Stadt Plauen diese Klagen verliert und welcher Schaden dann entstehen würde.

Weiterhin fragt Stadträtin Rank nach, welche Kosten bezüglich des derzeitigen Verfahrens auf die Stadt Plauen zukommen.

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, teilt mit, dass der Bebauungsplan 031 für unwirksam erklärt wurde. Somit gibt es keine Kläger gegen dieses Verfahren mehr.

Der Bebauungsplan muss nun neu erarbeitet, beschlossen und ausgelegt werden.

Die Kosten sind derzeit noch nicht zu beziffern. Ihres Wissens nach ist der Streitwert auf 10.000 EUR gesetzt worden. Danach bestimmen sich die Honorare.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, fragt nach, wo verschiedene Mitglieder des Stadtrates das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes herbekommen haben. Seine Fraktion hat hierzu noch nichts schriftlich bekommen.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes auf Einzelantrag herausgegeben wurde.

Oberbürgermeister Zenner sagt zu, dass das o. g. Urteil unter Berücksichtigung des Datenschutzes allen Fraktionen zur Kenntnis zugesandt wird.

Auf Nachfrage von Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion DIE LINKE, antwortet Bürgermeisterin Wolf, dass nur der Teil 1 des Bebauungsplanes 031 für unwirksam erklärt wurde.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, kritisiert ebenfalls, dass das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes nicht allen Mitgliedern des Stadtrates vorliegt.

Stadträtin Knabe weist außerdem darauf hin, dass heute schon mehrmals betont wurde, dass dieses o. g. Urteil nichts mit dem heute zu fassenden Beschluss zu tun habe.

Sie bittet ausdrücklich um Beachtung dieses Sachverhaltes bei der heutigen Beschlussfassung.

Stadtrat Legath findet es traurig, dass gerade junge Familien, die weiter in Plauen bleiben wollen, überlegen, ob sie jetzt noch Häuser bauen sollten oder nicht. Dies sei die „zweite Seite der Medaille“ und sollte auch Beachtung finden.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen fasst den erneuten Billigungs- und Auslegungsbeschluss zum geänderten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 026 „Automobil- und Dienstleistungszentrum Müller, Plauen-Oberlosa“ mit 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 031 „Industrie- und Gewerbegebiet Plauen-Oberlosa, Teil 2a“.

**Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen; 7 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 30/22-10**

4. **Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, berichtet über eine defekte Ampelanlage im Bereich Rosa-Luxemburg-Platz (stadteinwärts) von Samstag 30.04.2022 bis Sonntag 01.05.2022.

Teilweise waren Fahrzeugführer nach Meinung von Stadtrat Gerbeth gezwungen, Ordnungswidrigkeiten aufgrund dieses Defektes zu begehen.

Stadtrat Gerbeth fragt nach, wie in diesem konkreten Fall die Information erfolgte. D. h. wann ist wer informiert worden?

Nach Auskunft der Diensthabenden in der Polizeidirektion Plauen waren zumindest am Samstagabend ca. 23:50 Uhr die Stadt bzw. die zuständigen Stellen informiert.

Wie wurde dann gehandelt? Nach Meinung von Stadtrat Gerbeth nach hätte die Ampel ausgeschaltet werden müssen.

Wie schätzt die Verwaltung das Haftungsrisiko ein, wenn es aufgrund von Verkehrswidrigkeiten zu Personen- oder Sachschäden an dieser Kreuzung gekommen wäre?

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, spricht die derzeitige Problematik der fehlenden Barrierefreiheit im Rathaus an. Durch Bauarbeiten seien derzeit alle Fahrstühle außer Betrieb.

Stadtrat Gerbeth fragt nach, ob geprüft wurde oder ob es wirklich nicht möglich war, die Bauabläufe so zu koordinieren, dass zumindest einer der Aufzüge verfügbar gewesen wäre.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Oberbürgermeister Zenner führt aus, dass es auf der Seite Marktstraße ein Zimmer im Rathaus gibt, welches Barrierefrei zu erreichen ist. Termine für beeinträchtigte Menschen könnten in diesem Zimmer 91 durchgeführt werden.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, informiert über ihre Vorgehensweise bezüglich der ausbleibenden Leerung von Glascontainern im Ortsteil Straßberg. Die Stadt Plauen ist für die Leerung dieser Container nicht zuständig.

Stadträtin Knabe ruft seit ca. 2 Jahren alle Vierteljahr im Landratsamt Vogtlandkreis an, um mitzuteilen, dass die Glascontainer voll seien. Vom Landratsamt wird sie unter dem Hinweis, dass man dafür nicht zuständig sei, an die zuständige Firma in Falkenstein verwiesen.

Nach einem Anruf ihrerseits in Falkenstein wurden die Container dann auch kurzfristig geleert.

Für Stadträtin Knabe ist diese Verfahrensweise nicht nachvollziehbar, zumal ja die Abfallgebühren durch das Landratsamt Vogtlandkreis erhoben werden.

Oberbürgermeister Zenner versucht, hierzu noch einmal mit dem Landratsamt Vogtlandkreis zu sprechen, um ein effizienteres Handeln erreichen zu können.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, fragt nach ob mittlerweile mit den Pächtern im Ortsteil Jößnitz gesprochen wurde. Bis Mitte April 2022 sollte dieses Gespräch nach Mitteilung der Pächter stattfinden sollen.

Stadträtin Hänsel fragt nach, ob dieses Gespräch stattgefunden hat und ob das Ergebnis mitgeteilt werden könnte.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass dieser Termin noch nicht stattgefunden hat. Mit Herrn Giller, Justitiar der Stadt Plauen, wurde jedoch nach Lösungen gesucht.

Oberbürgermeister Zenner bittet die Mitglieder des Stadtrates um Unterstützung, eine Beschlussfassung herbeizuführen, wie mit den verpachteten Grundstücken umgegangen werden sollte.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, stellt fest, dass die Art des Umgehens mit Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, in der heutigen Sitzung nicht sehr sachlich ist.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion DIE LINKE, hatte bereits vor längerer Zeit nachgefragt, wie lange die Bauarbeiten an der Seumestraße dauern werden. Es wurde mitgeteilt, dass die Maßnahmen bis April 2022 andauern sollen. Die Baustelle sei aber immer noch nicht abgeschlossen.

Herr Ullmann, Leiter Fachgebiet Tiefbau, antwortet, dass die Genehmigung für die Straßensperrung bis 30.04.2022 erteilt war.

Jetzt sei die Seumestraße zumindest in der Breite einer Fahrspur für den Durchgangsverkehr geöffnet. Hintergrund sei, dass die Bauarbeiten im Regenrückhaltebecken erst im Oktober 2022 abgeschlossen sein werden. Danach wird die Fahrbahn wieder auf der kompletten Breite hergestellt.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, teilt mit, dass bezüglich der o. g. Anfrage zu Glascontainern noch eine Anfrage von ihm im Geschäftsbereich II offen sei.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, führt zum heutigen Tagesordnungspunkt 1.5. Informationen des Oberbürgermeisters und dem Unterpunkt TOP 1.5.1. folgendes aus:

Zu TOP 1.5. wurden vom Oberbürgermeister keine Anfragen zugelassen.

Zu TOP 1.5.1 wurden vom Oberbürgermeister Anfragen zugelassen.

Diese Vorgehensweise erschließt sich für Stadtrat Legath nicht, da auch der Unterpunkt TOP 1.5.1. zu den Informationen des Oberbürgermeisters gehört. Demzufolge hätten dort auch keine Fragen zugelassen werden dürfen.

Stadtrat Legath fragt nach, ob es eine rechtliche Begründung für diese Unterteilung gibt und bittet um Darlegung derselben.

Oberbürgermeister Zenner führt hierzu den § 14 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen an. Außerdem wären die Ergänzungen dringend notwendig gewesen, um zu verstehen, wie das zu organisierende Bürgerbeteiligungskonzept auf den Weg zu bringen ist.

Ohne diese zusätzlichen Informationen hätte nach Meinung von Oberbürgermeister Zenner ein wichtiger Teil an Informationszugabe gefehlt.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE, fragt zur Erreichbarkeit des Einwohnermeldeamtes in Plauen nach. Telefonische Anmeldungen sind nur Mittwoch zwischen 9:00 Uhr und 12:00 Uhr möglich. Er selbst hat bei Anruf zu den o. g. Zeiten nur einen Anrufbeantworter erreicht mit einem Hinweis zur Online-Terminvereinbarung.

Nach Meinung von Stadtrat Herold sollte aber bei einem so eng gesetzten Zeitfenster wenigstens eine telefonische Erreichbarkeit der Mitarbeiter möglich sein.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Antwort zu.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt nach, warum bereits jetzt am Gewerbegebiet Oberlosa die Ampel geschaltet ist.

Herr Ullmann, Leiter Fachgebiet Tiefbau, antwortet, dass vom Landesamt für Straßenbau und Verkehr die Forderung besteht, wenn der Knoten in Betrieb genommen werden soll, müsse die Ampel in Betrieb sein, auch wenn der Knoten erst einmal nur als Baustellenzufahrt genutzt wird. Derzeit hat die Ampel eine Vorrangschaltung für die Bundesstraße B92.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, fragt nach, ob es zu der aktuellen Brandserie in der Ostvorstadt und im Garagenkomplex im Seehaus schon neue Erkenntnisse gibt. Weiterhin fragt er nach, ob weitere Garagen im Seehaus abgerissen werden sollen.

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, antwortet, dass es nunmehr 3 Brände in der Isidor-Goldberg-Straße, 1 Brand in einem Gartenhaus neben dem Wackersportplatz und mehrere Brände im Garagenkomplex am Seehaus gab. Mittlerweile ist eine Sonderermittlungseinheit mit diesen Vorfällen beschäftigt. Erkenntnisse dazu liegen der Stadtverwaltung Plauen noch nicht vor.

Der Abriss von Garagen im Seehaus ist eine Ausgleichsmaßnahme im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan des Milchhofes. Sobald der Bebauungsplan rechtskräftig ist, werden weitere Garagen abgerissen. Im Stadtbau- und Umweltausschuss kann gerne noch einmal erklärt werden, um welche Garagen es sich hierbei handelt.

Stadtrat Dirk Brückner, CDU-Fraktion, spricht den Antrag seiner Fraktion, **Reg. Nr. 144-20**, an. Hier wurde darum gebeten, dass die vorhandenen historischen Anlagen im Stadtparkgelände Hinweisschilder bekommen und dadurch eine Aufwertung des Geländes erfolgt. Stadtrat Brückner bittet um Mitteilung des aktuellen Sachstandes zu diesem Antrag.

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, antwortet, dass die Verwaltung ein umfangreiches Parkpflegewerk vorgestellt hat, welches gemeinsam mit der Gartendenkmalpflege erarbeitet wurde. Derzeit werden schrittweise Maßnahmen umgesetzt. Eine kleine Arbeitsgruppe beschäftigt sich zur Zeit mit der Aufnahme bestimmter Highlights aus dem Stadtpark und überlegt, wie entsprechende Schilder aussehen könnten. Diese Schilder sollen dann in Auftrag gegeben werden. Für die Nachpflanzungen im Stadtpark stehen derzeit nur wenige Mittel im Haushalt der Stadt Plauen zur Verfügung. Es werden vermehrt Spenderbäume angepflanzt.

Bürgermeisterin Wolf bedankt sich an dieser Stelle für die vielen Baumspenden von Bürgerinnen und Bürgern.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalick, CDU-Fraktion, informiert, dass bereits Anfang dieses Jahres ein großflächiges Graffiti auf der Friedensbrücke unter Mithilfe von Herr Frank Zabel, Geschäftsstelle Kommunalen Präventionsrat, entfernt werden konnte. Nunmehr gibt es seit Ende Februar 2022 schon wieder an mehreren Stellen auf der Friedensbrücke sehr große Graffiti mit politischen Losungen.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalick bittet darum, dass diese ebenfalls kurzfristig entfernt werden können, da es sich bei der Friedensbrücke um ein touristisches Highlight der Stadt Plauen handelt und ein Alleinstellungsmerkmal darstellt.

Oberbürgermeister Zenner sagt zu, dass durch Herrn Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich I, der Auftrag an Herrn Zabel erteilt werden soll.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, spricht ebenfalls das Thema der nicht geleerten Glascontainer im Stadtgebiet an. Auch für den Ortsteil Straßberg muss jeden Monat angerufen werden, um eine Leerung zu erreichen. Dieses Thema wurde auch schon im Stadtbau- und Umweltausschuss angesprochen. Das „Chaos“ an den Glascontainern scheint nach Meinung von Stadtrat Blechschmidt eher die Regel im gesamten Plauener Stadtgebiet zu sein.

Nachdem ein Verwaltungsmitarbeiter telefonisch bis in die Zentrale der zuständigen Firma in Berlin vordringen konnte, wurde nunmehr wieder geleert – allerdings wurde nunmehr 1 Glascontainer weniger aufgestellt.

Stadtrat Blechschmidt fragt nach, ob es zu diesem Thema schon Erkenntnisse bzw. Lösungsansätze gibt.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass es hier noch keine neuen Erkenntnisse gibt. Das Problem gäbe es tatsächlich im gesamten Plauener Stadtgebiet.

Oberbürgermeister Zenner meint, man müsse die Bürger dazu aufrufen, gemeinsam dafür Sorge zu tragen, die Stadt sauber zu halten. Die Bürger wären auch selbst für die Sauberkeit der Stadt verantwortlich. Allerdings müsse sich die Stadtverwaltung auch noch einmal mit dem Landratsamt Vogtlandkreis in Verbindung setzen, um Lösungen zu finden.

Stadtrat Frank Schaufel, AfD-Fraktion, fragt nach, ob die Vorbereitungen für den Festumzug anlässlich der 900-Jahr-Feier in Plauen „auf Hochtouren laufen“.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass die Organisation des Festumzuges beim Dachverband Stadtmarketing e. V. und beim Spitzenfestverein liegt.

Stadtrat Frank Schaufel, AfD-Fraktion fragt nach, ob „der Bus“ vom VOMAG Verein schon wieder aufgebaut wurde und ob dieser Bus im Festumzug anlässlich der 900-Jahr-Feier in Plauen dabei ist.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Antwort bezüglich des VOMAG-Busses zu.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Eric Holtschke
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Peggy Glaß
Schriftführerin

Uwe Pein
Stadtrat